

RÜCK- UND AUSBLICK VOR DEN WAHLEN

Die Handwerksorganisation ist politisch neutral und unabhängig. Dies hindert uns jedoch nicht daran, vor den bevorstehenden Wahlen einen kurzen Rückblick zu wagen und auf verschiedene Themen einzugehen, die uns auch in der kommenden Legislaturperiode begleiten werden.

Ich werde in letzter Zeit oft gefragt, wie die Arbeit der aktuellen Regierung aus der Perspektive des Handwerks zu bewerten sei. Die Antwort ist „durchwachsen“.

Bei politisch unverdächtigen Themen, die nah an den Betrieben sind, war die Zusammenarbeit insbesondere mit dem Wirtschaftsministerium und der für KMU-Fragen zuständigen Staatssekretärin sehr konstruktiv und ergebnisorientiert. Hier wurden die Kompetenzzentren des Handwerks, die gerade auf Krakelshaff in Bettembourg entstehen, von Anfang an positiv begleitet. Das Gleiche gilt für das berufsübergreifende Kompetenzzentrum „Digital Handwerk“, wo es um eine strategische Begleitung von digitalen Transformationsprozessen in Handwerksbetrieben geht. Auch dort konnten wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine Pilotphase mit insgesamt 25 Unternehmen starten, die sich sehr vielversprechend entwickelt.

Weitere Punkte wurden im „Pakt pro Artisanat“ angestoßen, die jedoch noch umgesetzt werden müssen, wie z.B. die verbesserten Garantiemöglichkeiten im Rahmen von Finanzierungen und Initiativen zur besseren Begleitung von Betriebsübernahmen.

Positive Kontakte gab es auch zum Infrastruktur- und Nachhaltigkeitsministerium, wo man insbesondere bei der Reform des Ausschreibungsgesetzes konkrete Akzente in puncto fairer Konkurrenzbedingungen setzen konnte.

Bei der Steuerreform wurden positive Akzente für KMU gesetzt. Konkrete Punkte wie die Besteuerung bei familieninternen Übernahmen oder unser Vorschlag einer steuerfreien Investitionsreserve stehen aber trotz anderslautender Zusagen noch aus.

Weit schwieriger gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Regierung, wenn es um sogenannte „sozialpartnerschaftliche“ Themen ging, wo Gewerkschaften mit am Tisch saßen. Dann agierte die Regierung

als Vollstreckungsgehilfe vor allem einer Gewerkschaft anstatt Kompromisse zu suchen. Höhepunkt dieses Politikmissverständnisses war sicherlich die Reform des sogenannten PAN-Gesetzes, wo die Regierung die Arbeitszeitorganisation einseitig gemäß den Gewerkschaftsvorstellungen, umsetzte und danach beleidigt versuchte, die Unternehmer davon zu überzeugen, damit einen gangbaren Kompromiss gefunden zu haben.

Resultat: Das entsprechende Gesetz findet keine Anwendung, weil es meilenweit von den gelebten Realitäten in den Unternehmen entfernt ist. Daher der gutgemeinte Rat an die nächste Regierung, die Organisation der Arbeitszeit aus der Gewerkschaftszentrale heraus in die Unternehmen hinein zu verlagern, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer Lösungen finden können, die beide Seiten zufrieden stellen.

Eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit ist jedenfalls nicht der richtige Weg. Unsere gesamte Wirtschaft leidet unter einem Mangel an (qualifizierten) Mitarbeitern. Die Produktivität hat sich entgegen einer weitverbreiteten Meinung in den letzten Jahren NICHT verbessert, und gerade kleine und mittlere Betriebe haben – dank rigider Gesetze - keine Möglichkeit, ihre Arbeit flexibel zu gestalten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dementsprechend mit massiven Produktivitätsverlusten und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einhergehen. Ein hoher Preis für ein Wahlgeschenk.

Wenn man dann noch sieht und hört, wie sich die Parteien in Sachen „Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben“ positionieren, kann einem Angst und Bange werden. Da bedenkt keiner die Probleme der Unternehmen, wenn mehr und flexiblere Urlaubs- und Teilzeitrechte eingefordert werden. Wir wollen uns keiner Diskussion verschließen, aber jede Regierung und jeder Politiker muss wissen, dass zusätzliche Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmer nur mit zusätzlichen Organisationsmöglichkeiten der Unternehmen funktionieren kann.

Daneben wird die Frage des „qualitativen“ Wachstums zurzeit viel diskutiert, wenn auch vor allem defensiv in Sachen Bevölkerungswachstum und Industriepolitik. Es geht nicht darum, neue Unternehmen anzuziehen oder bestimmte Sektoren zu entwickeln (oder eben auch nicht). Hier braucht man auch und vor allem die Industrie, die als einzige neue Technologien entwickeln und zur Einsatzreife bringen kann, welche eben qualitatives Wachstum ermöglichen. Auch müsste es vielmehr darum gehen, wie man die Wirtschaft optimal und effizient organisiert, um mit weniger Mitteleinsatz bessere Resultate zu erzielen. Es geht um mehr Produktivität in ALLEN Sektoren, im Handwerk, in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe und beim Staat.

Gerade im Handwerk hängt die Produktivität sehr stark von der Qualifikation der Mitarbeiter ab. Da es in Luxemburg trotz wiederholten Anläufen nicht möglich scheint, aus der Berufsausbildung einen positiven Bildungsweg zu machen, haben die Fédération des Artisans und 14 ihrer Berufsverbände die Initiative ergriffen und eigene Kompetenzzentren für die berufliche Weiterbildung auf den Weg gebracht. Diese Entwicklung wollen wir weitertreiben und die Berufsausbildung attraktiver und interessanter – positiver – gestalten.

Qualitatives Wachstum durch Produktivität, kohärente Landesplanung mit Platz für mittelständische Unternehmen und Wohnungsbau, Aufwertung und adäquate Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, eine flexible Arbeitszeitorganisation in den Unternehmen, stabile Lohnnebenkosten, das sind die Indikatoren, nach denen Unternehmer im Handwerk beim Lesen der verschiedenen Wahlprogramme Ausschau halten sollten. Wir wünschen viel Glück bei der Lektüre der Wahlprogramme.

Als Fédération des Artisans freuen wir uns darauf, diese Gespräche mit der kommenden Regierung wieder aufzunehmen, egal wie diese zusammengesetzt ist.



Romain Schmit | Generalsekretär
T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu
I www.fda.lu | twitter @romschmi



Retrouvez l'éditorial en langue française sur notre site www.fda.lu